

# 1 **Einladung zur Unterbezirkskonferenz**

2

3

4 **26. Juni 2011, 12 Uhr, Jugendhaus Roter Baum,**

5 **Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden**

6

7 Liebe Genossinnen und Genossen,

8



9 zu unserer ersten Unterbezirkskonferenz im Jahr 2011 lade ich euch hiermit recht herzlich  
10 ein. Es hat sich in Dresden bewährt, zwei mal im Jahr zu tagen, um gut aufgestellt die  
11 kommenden Aufgaben anzugehen. So können wir uns nicht nur personell, sondern auch  
12 inhaltlich längerfristiger auf die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen am 10.  
13 September in Pirna vorbereiten. Wir wollen einerseits unsere 18-köpfige Delegation  
14 wählen und KandidatInnen für die Bundeskongress-Delegation der Jusos Sachsen  
15 nominieren, andererseits schon jetzt Anträge beschließen, die die Politik der Jusos  
16 Sachsen prägen. Da sicherlich noch nicht alle von euch einen Antrag verfasst haben  
17 bieten wir am 16. Juni ab 17:00 Uhr in der Genossenschaft eine Schreibwerkstatt an. Dort  
18 leisten wir gern Unterstützung und beantworten Fragen, schließlich soll eine gute Idee  
19 nicht an Formalitäten scheitern! Thematisch sind euch keine Grenzen gesetzt: ob nun ein  
20 neuer Spielplatz in Prohlis, eine Reform der Bildungspolitik auf Landesebene, ein Antrag  
21 für gute Netzpolitik im Bund oder zum internationalen Fischereirecht in der Europäischen  
22 Union, alles ist möglich! Wir wollen kontrovers und inhaltlich zielgerichtet diskutieren und  
23 Beschlüsse fassen, die möglichst große Reichweite erzielen. Worüber wir diskutieren, das  
24 entscheidet ihr mit euren Anträgen. Als Antragsschluss wurde der 23. Juni 2011, 20:00 Uhr  
25 beschlossen. Eure Anträge sendet ihr bitte an [vincentdrews@googlemail.com](mailto:vincentdrews@googlemail.com)! Wir freuen  
26 uns auf eine bunte Palette an Anträgen, das fertige Antragsbuch geht euch am 24. Juni zu.  
27 Ihr findet im Anhang außerdem die vorläufige Geschäftsordnung, eine Infomappe und auf  
28 der nächsten Seite die vorläufige Tagesordnung.

29

30 Mit jungsozialistischen Grüßen,

31

32 Benjamin Kümmig

33

34 Vorsitzender Jusos Dresden

# 1 Inhaltsverzeichnis

2			
3	1.	Vorläufige Tagesordnung	3
4	2.	Vorläufige Geschäftsordnung	4
5	3. <b>A1</b> -	Antrag zum geplanten Übergangwohnheim für	
6		Asylbewerber/Flüchtlinge in Dresden-Pieschen	6
7	4. <b>A2</b> -	Öffentlichen Verkehr in Sachsen nachhaltig stärken	8
8	5. <b>A3</b> -	Elbdampfer ja! – Frachtkanal nein!	11
9	6. <b>A4</b> -	Inklusion vorleben – Barrierefreie und behinderten-	
10		gerechte BürgerInnenbüros einrichten	13
11	7. <b>A5</b> -	Barrierefreie und behindertengerechte Parteitage	15
12	8. <b>A6</b> -	Basisdemokratie herstellen	17
13	9. <b>A7</b> -	Antrag für eine MigrantInnenquote im Vorstand	
14		des UB's Jusos Dresden/Satzungsänderung	18
15	10. <b>A8</b> -	Verpflichtung von Zugangsanbietern zur Zwangstrennung	
16		und dynamischen Vergabe von IP-Adressen bei privaten	
17		Nutzer_innen	19
18	11. <b>A9</b> -	Sachsen braucht ein Informationsfreiheitsgesetz!	21
19	12. <b>A10</b> -	Wie lange darf in Deutschland noch korrumpiert werden? -	
20		UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren	22
21	13. <b>A11</b> -	Antrag zur EU-Flüchtlingspolitik	24
22	14. <b>A12</b> -	Seniorpartners in Schools e.V. (SiS) erhalten -	
23		Ehrenamtliche Senior_innen-Arbeit an Schulen fördern	25
24	15. <b>A13</b> -	Oberstufenreformreform	26
25	16. <b>A14</b> -	Leitungswasser für das Dresdner Rathaus und den	
26		sächsischen Landtag	27
27	17. <b>R1</b> -	Inklusion	28

# 1 **Vorläufige Tagesordnung**

2

3

4 1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Benjamin Kümmig

5 2. Konstituierung der Unterbezirkskonferenz

6 a) Wahl des Tagungspräsidiums

7 b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

8 c) Beschlussfassung der Tagesordnung

9 d) Beschlussfassung der Geschäftsordnung

10 3. Grußworte (Roter Baum)

11 4. Antragsberatung

12 5. Wahl der Delegation zur Landesdelegiertenkonferenz\*

13 6. Nominierungen der Kandidaten für die Delegation zum Bundeskongress\*

14 7. Schlusswort des Vorsitzenden

15

16 \* gegebenenfalls findet die Antragsberatung zwischen den einzelnen Wahlgängen statt

17

# 1 Vorläufige Geschäftsordnung

2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49

## 1. Eröffnung

- Ein/e Beauftragte/r des Unterbezirksvorstandes eröffnet die Unterbezirkskonferenz (UBK) und bringt die Geschäftsordnung (GO) zur Beschlussfassung ein.
- Die UBK wählt auf Vorschlag der Versammlung ein dreiköpfiges Präsidium. Das Präsidium bestimmt aus seiner Mitte eine/n Tagungsleiter/in.
- Die UBK wählt auf Vorschlag der Versammlung eine mindestens dreiköpfige Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK).

## 2. Stimmberechtigte

- Stimmberechtigt auf der UBK sind alle im Bereich des Unterbezirks Dresden gemeldeten SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie alle im Unterbezirk Dresden gemeldeten („NUR-“) Jusos.

## 3. Tagesordnung, Verhandlungsgegenstand, Anträge

- Die UBK beschließt auf Vorschlag des Unterbezirksvorstandes eine Tagesordnung (TO).
- Verhandlungsgegenstand sind auf der TO angeführte Tagesordnungspunkte (TOPs), Änderungsanträge, Initiativanträge und Anträge auf Geschäftsordnung.
- Anträge müssen bis spätestens 11 Uhr, Änderungsanträge vor Aufruf des entsprechenden Antrages, von mindestens zehn Stimmberechtigten unterschriebene Initiativanträge bis spätestens 12 Uhr schriftlich beim Präsidium eingereicht sein.
- Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) können mündlich gestellt und begründet werden. Die/der Antragsteller/in erhält außerhalb der Reihenfolge das Wort, die Redezeit beträgt höchstens drei Minuten. Die Abstimmung über GO-Anträge erfolgt nach maximal einer Pro- und Kontrarede. GO-Anträge können sein: Vertagung des Verhandlungsgegenstandes oder der UBK, Absetzung des Verhandlungsgegenstandes von der TO, Verlangen nach Personaldebatte, Verzicht auf Aussprache, Schluss der Debatte, Schluss der Redeliste, Festlegung der Redezeiten und Überweisung an den Vorstand. Anträge, die die Redeliste betreffen, werden erst nach Verlesen der Redeliste zur Abstimmung gestellt.

## 4. Abstimmung, Beschlussfassung

- Vor der Abstimmung wird der Abstimmungsinhalt vom Präsidium genau formuliert.
- Vor der Abstimmung über einen Antrag ist über Änderungsanträge abzustimmen.
- Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Hochhalten der Stimmkarte. Auf Verlangendes Präsidiums oder einer/eines Stimmberechtigten muss das Stimmergebnis ausgezählt werden.
- Abstimmungen sind offen.
- Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern nichts anderes festgelegt ist. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- Anträge, die einmal abgestimmt worden sind, könne auf dieser UBK nicht noch einmal zur Abstimmung gebracht werden.

## 5. Redeordnung

- Die Redezeit der Diskussionsredner/innen beträgt maximal drei Minuten.
- Wortmeldungen sind dem Präsidium durch Handzeichen anzuzeigen.
- Das Rederecht erhalten alle Jusos und geladene Gäste.
- Das Rederecht erhalten abwechselnd Frauen und Männer. Sollte kein/e Redner/in des einen Geschlechts auf der Redliste stehen, wird nach der Reihenfolge des anderen Geschlechts verfahren. ("weich" quotierte Redeliste)
- Redner/innen, die sich zum jeweiligen Tagesordnungspunkt oder Antrag noch nicht zu Wort gemeldet haben, erhalten Vorrang. (Erstrederecht)
- Die Redeliste ist für alle Teilnehmer/innen sichtbar zu visualisieren.
- Außerhalb der Reihe erhalten das Wort: Redner/innen zur GO, Einbringer/innen von Anträgen, Kandidat(inn)en während ihrer Vorstellung.
- Persönlicher Erklärungen sind nur nach Beendigung der Behandlung eines Antrages oder TOPs möglich.

## 6. Wahlen

- Für alle von der UBK vorzunehmenden Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD.
- Wahlvorschläge können aus der Mitte der Konferenz heraus gestellt werden.

## 7. Protokolle

- Das Protokoll umfasst die Zahl der Stimmberechtigten, die Beschlussvorlagen und die Anträge.
- Bei Abstimmungen wird das Stimmergebnis, auf Antrag das genaue Stimmenverhältnis festgehalten.

## 8. weitere Festlegungen, Auslagen und Änderung der GO

- Während der UBK ist im Plenum das Rauchen verboten.
- Die UBK ist öffentlich, sofern die Stimmberechtigten nichts Gegenteiliges beschließen.
- Über Zweifel in der Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.
- Die GO tritt mit Beschluss durch die UBK in Kraft.
- Die GO kann nur mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten geändert werden.

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A1**

7 **AntragstellerIn:** AK Internationales (Moritz Neugebauer) und AK

8 Integration (Maher Arzouni)

9

10 **Titel:** Antrag zum geplanten Übergangwohnheim für Asylbewerber/Flüchtlinge in

11 Dresden-Pieschen

12

13 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen:

14

15 Im Jahr 2012 wird in Dresden-Pieschen ein neues Übergangwohnheim für ca. 50  
16 AsylbewerberInnen auf der Großenhainerstr.92 eingerichtet. Hierzu fordern wir, die Jusos  
17 des UB's Dresden, dass von der Dresdner Stadtverwaltung ein Betreuungsprogramm für  
18 die AsylbewerberInnen einrichtet, um ihren Aufenthalt in Dresden zu erleichtern. Ebenfalls  
19 soll die Stadtverwaltung die Dresdner Öffentlichkeit in angebrachter Weise von der  
20 Einrichtung des neuen Übergangwohnheims unterrichten. Ebenso muss die  
21 Stadtverwaltung eine dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen in Aussicht stellen.  
22 Bezüglich der Integration der AsylbewerberInnen setzen wir uns zum Ziel, dass ein  
23 Sommerfest (2012) für die AsylbewerberInnen abgehalten wird, um sie bei uns in Dresden  
24 willkommen zu heißen. Sollte es zu weiteren rassistischen Hetzen vonseiten der NPD  
25 gegen das neue Übergangwohnheim und seine BewohnerInnen kommen, so wie es an  
26 Christi Himmelfahrt 2011 in Form von Flugblättern in pieschener Briefkästen geschah,  
27 werden wir uns in angemessener Weise dagegen in der Öffentlichkeit äußern sowie uns  
28 mit den Betroffenen solidarisieren. Gegebenenfalls werden auch Kontraktionen von uns  
29 angeführt.

30

31 Begründung:

32

33 An Christi Himmelfahrt 2001 lag in den Briefkästen der pieschener Bürgerinnen und  
34 Bürger ein Hetzblatt, welches vom NPD'ler Andreas Leipscher unterzeichnet ist. Darin  
35 werden in einem Akt der Vorverurteilung Menschen kriminalisiert, die im Zuge der  
36 Aufstände in Nordafrika bei uns Schutz suchen. Im Pamphlet wird den Asylbewerbern  
37 vorgeworfen, dass sie kriminell seien, wenn es heißt, dass eine „mögliche  
38 Drogenkriminalität nicht auszuschließen ist.“ Oder wenn den Flüchtlingen vorgeworfen  
39 wird, dass ihre Anwesenheit zu „Einschränkungen der Lebensqualität“ führt. Diese  
40 rassistischen Äußerungen der NPD und ihres Mitglieds Andreas Leipscher sollen Ängste  
41 in der pieschener Bevölkerung schüren. Hier wird das Sicherheitsbedürfnis der Menschen  
42 in Pieschen dazu genutzt, um rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Wir finden, dass  
43 sie pieschener Bürgerinnen und Bürger sich nicht rassistisch vereinnahmen lassen und  
44 sich nicht gegen Flüchtlinge aufhetzen lassen.

45 Die Äußerungen des NPD'lers Leipscher sind gerade während des wichtigen Kirchentags  
46 in Dresden eine Schande, da unsere Gäste, ob sie nun Flüchtlinge sind oder  
47 Kirchentagsbesucher, in unserer Stadt, von solchen Äußerungen verunglimpft werden.  
48 Denn daran wie Asylanter und Asylbewerber in unserer Stadt behandelt werden, lässt sich  
49 ausmachen wie alle anderen Menschen in Dresden behandelt werden, die von außerhalb



1 kommen. Die Aufnahme von Flüchtlingen im Zuge der Aufstände und Umbrüche in  
2 Nordafrika ist grundsätzlich zu begrüßen, weil es sich um eine humanitäre Hilfsmaßnahme  
3 für Menschen in Not handelt. Deshalb sollte man aber nicht von der Forderung der  
4 dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten in Dresden abrücken. Die  
5 Schaffung von neuen Sammelunterkünften für Asylbewerber ist eine Reaktion auf eine  
6 Notsituation, und nicht die Manifestation des bestehenden Zustandes. Dezentrale  
7 Unterbringung ist als Ziel weiterhin ein Muss, um menschenwürdiges Leben von  
8 Asylbewerbern in Dresden zu ermöglichen. Das Hetzblatt der NPD ist auch ein Versagen  
9 der Stadtverwaltung, die es bisher versäumt hat, die BürgerInnen Pieschen umfassend  
10 über das neue Übergangwohnheim zu informieren. Daher sollte von der Stadtverwaltung  
11 eine umfassende Aufklärung der BürgerInnen über die Unterbringung der Flüchtlinge  
12 gefordert werden. Das Betreuungsprogramm für die Flüchtlinge sollte über eine  
13 ausreichende Zahl an Sozialarbeiter verfügen, welche der arabischen Sprache mächtig  
14 sind, mindestens aber Englisch.

15

16

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A2**

7 **AntragstellerIn:** Stefan Engel

8

9 **Titel:** Öffentlichen Verkehr in Sachsen nachhaltig stärken

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die

12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Unterbezirksparteitag der SPD

13 Dresden mit Ziel der Überweisung an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

14

15 Wir fordern:

16

17 1. Das „Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat  
18 Sachsen (ÖPNVG)“ unter folgenden Gesichtspunkten zu ändern:

19

20 a. Die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen  
21 Personennahverkehrs nicht mehr als „freiwillige Aufgabe der Landkreise  
22 und kreisfreien Städte“ zu definieren (§3), sondern den  
23 Schienenpersonennahverkehr als Aufgabe des Freistaats festzulegen.  
24 Die Aufgabenträgerschaft für den Straßenpersonennahverkehr und  
25 Sonderverkehrsmittel (Fähren, Bergbahnen etc.) soll weiterhin mit  
26 Ausnahme landesbedeutsamer Verkehrslinien in den Händen der  
27 Landkreise liegen. Dementsprechend soll der Freistaat auch die Befugnis  
28 bekommen, zum Zweck der Herstellung von durchgehenden  
29 landesbedeutsamen Verbindungen in die Aufgabenträgerschaft der  
30 Landkreise begründet einzugreifen.

31

32 b. Die dann zuständigen Aufgabenträger können auf Antrag ihre Aufgabe an  
33 die Landkreise bzw. Gemeinden weitergeben. (Land □ Landkreise; Kreis  
34 → Gemeinden)

35

36 c. Die Einführung eines sachsenweiten integralen Taktfahrplans (ITF) in der  
37 Zielstellung festzuschreiben (§2).

38

39 d. Eine Mindestbedienung im Sinne des ITFs durch den Öffentlichen  
40 Verkehr für ländliche Räume festzuschreiben (denkbar sind auch flexible  
41 Bedienformen) (§2)

42

43 e. Den Öffentlichen Verkehrsmitteln auch außerhalb der Verdichtungsräume  
44 Vorrang einzuräumen (§2 Absatz 3)

45

46 f. Einen einheitlichen Nahverkehrsraum Sachsen zu bilden und dort auch  
47 die Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und den Kreisen bzw.  
48 kreisfreien Städten zu organisieren (§4). Dieser einheitliche  
49 Nahverkehrsraum erarbeitet dann auch einen sachsenweiten



1 Nahverkehrsplan mit den im ÖPNV-Gesetz bereits benannten  
2 Grundsätzen (§5)

- 3
- 4 2. Eine Landesnahverkehrsgesellschaft, als 100-prozentige Tochter des  
5 Freistaats, nach dem Vorbild von Niedersachsen (LNVG) bzw. Bayern  
6 (BEG) zu gründen und diese dann mit der Bestellung von  
7 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bzw. anderen landesbedeutsamen  
8 Linien zu beauftragen. Ihr obliegt dann auch die Realisierung und  
9 Koordinierung des Integralen Taktfahrplans (ITF) und die Koordinierung der  
10 Regionalisierungsmittel des Bundes für Investitionskosten.  
11
- 12 3. Die vom Bund ausgegebenen Regionalisierungsmittel zur Bestellung von  
13 Nahverkehrsleistungen und zur Finanzierung von Investitionen (Fahrzeuge,  
14 Bahnhöfe etc.) in Zukunft wieder in voller Höhe an die Aufgabenträger  
15 weiterzugeben. Von 2009 bis 2012 würde dies in Sachsen allein 144 524 700  
16 Euro an Betriebskosten und 100 933 700 Euro an Investitionskosten  
17 ausmachen.<sup>1</sup> Hiermit würde man die Kürzungen der schwarz-gelben  
18 Regierung in Sachsen wieder rückgängig machen.  
19 Ein Angebotsausbau wäre bei der vorgesehenen jährlichen Steigerung der  
20 Bundesmittel um 1,5% sehr gut möglich.  
21
- 22 4. Darauf zu drängen im sächsischen Nahverkehr eine einheitliche Tarifstruktur  
23 zu schaffen, zum Beispiel mit der Schaffung eines einheitlichen  
24 Verkehrsverbundes. Es soll ermöglicht werden mit einem Fahrschein die  
25 verschiedensten Verkehrsmittel zu benutzen und das sachsenweit.  
26 Zu prüfen ist, in welcher Form der bisher drei Bundesländer umfassende  
27 Mitteldeutsche Verkehrsverbund im Raum Halle-Leipzig integriert werden  
28 kann.  
29  
30

31 Begründung:

32

33 Der sächsische Nahverkehr befindet sich seit der Übernahme der Verantwortung durch die  
34 schwarz-gelbe Regierung im Jahr 2009 keineswegs in einer rosigen Situation, allerdings  
35 leidet er aus meiner Sicht auch an einigen ganz grundlegenden strukturellen Problemen.  
36

37 Es hat sich in den letzten Jahren vielfach gezeigt, dass es zwischen den unterschiedlichen  
38 Aufgabenträgern viel zu wenig Kommunikation gibt und das oftmals die Abstimmung sei in  
39 Bezug auf das Tarifsysteem, aber auch das Verkehrsangebot einfach nicht funktioniert hat.  
40 Vor Jahren endeten einige Züge aufgrund von Streitigkeiten in Klingenberg-Colmnitz und  
41 das nur weil sich zwei Besteller nicht einig waren. Von den oftmals wundersam an  
42 Landkreisgrenzen endenden Buslinien im ländlichen Raum ganz zu schweigen. Dies sind  
43 einige Indizien warum die bisherige Struktur im sächsischen Nahverkehr so nicht mehr  
44 beibehalten werden kann. Auch die Einflussmöglichkeiten auf die Politik sind bei einer  
45 solchen Zersplitterung in fünf verschiedene Zweckverbände sehr begrenzt. Dies zeigte  
46 sich auch bei den Diskussionen um die Mittelkürzungen. Dementsprechend erscheint eine  
47 landesweite Organisation, wie sie in anderen Ländern auch anzutreffen ist, sehr sinnvoll.  
48

---

1 <sup>1</sup>Nach der Kleinen Anfrage der Fraktion „Die Linke“, 20.1.2011 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704497.pdf>

1 Auch mangelt es an überregionalen Planungen für einen sachsenweiten integralen  
2 Taktfahrplan. Ein solches System beruht auf festgelegten Taktzeiten und sogenannten  
3 Taktknoten, wo kurze Umsteigezeiten zwischen verschiedenen Linien des Nahverkehrs  
4 bestehen. Das berühmteste Beispiel hierfür ist die Schweiz, wo man seit mittlerweile drei  
5 Jahrzehnten an dieser Strategie arbeitet. Beleg für diesen Erfolg sind die weit  
6 überdurchschnittlichen Steigerungen der Fahrgastzahlen. In Sachsen wäre so etwas auch  
7 Schritt für Schritt umsetzbar.  
8  
9 Ein solcher Fahrplan lebt aber auch davon, dass im ganzen Land, auch zu  
10 unwirtschaftlicheren Zeiten und auf unwirtschaftlicheren Linien, ein verlässliches und  
11 vertaktetes Mindestangebot besteht. Diese Zielstellung sollte dann auch in einem  
12 geänderten ÖPNV-Gesetz vorzufinden sein.  
13  
14 Elementar ist allerdings auch die Erhöhung der Geschwindigkeit des ÖPNVs und zwar  
15 überall im Lande. Deswegen sollte der Vorranggedanke noch stärker als bisher im Gesetz  
16 festgeschrieben werden.  
17  
18 Abseits vom ÖPNV-Gesetz hat auch eine ausreichende Finanzierung des Nahverkehrs  
19 oberste Priorität. Dazu erhält der Freistaat wie jedes andere Bundesland auch Geldmittel  
20 vom Bund (Regionalisierungsmittel). Einerseits zur Finanzierung des Verkehrs (bei  
21 Verkehrsunternehmen werden die Verkehrsleistungen dann bestellt), andererseits zur  
22 Investition zum Beispiel in Fahrzeuge, Bahnhöfe oder neue Strecken. Diese Mittel steigen  
23 bis 2014 um jährlich 1,5%, es bestünde also einiger Spielraum um das Angebot  
24 auszubauen. Trotzdem behält die Landesregierung 2009-2012 mehrere hundert Millionen  
25 Euro ein und verwendet sie anderweitig. Umfangreiche Kürzungen waren schon die Folge  
26 (S-Bahn Leipzig, RE Reichenbach-Leipzig, Fahrpreiserhöhungen).  
27  
28 Die SPD sollte bei einer Regierungsbeteiligung also unbedingt auf die zweckgemäße  
29 Verwendung dieser Mittel bestehen und den sächsischen Nahverkehr durch die oben  
30 genannten Maßnahmen nachhaltig stärken.  
31

# 1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

## 2 Unterbezirk Dresden

### 3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

#### 6 A3

7 **AntragstellerIn:** Stefan Engel

8

9 **Titel:** Elbdampfer ja! – Frachtkanal nein!

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Unterbezirksparteitag der SPD  
13 Dresden mit Ziel der Überweisung an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

14

15 Wir fordern:

16

17 1. Den immer Ausbau der Elbe auf durchgehend 1,60m Fahrrinntiefe (345  
18 Tage im Jahr) endlich zu stoppen und die Elbe als naturnahen Fluss zu  
19 erhalten und zu renaturieren. Die zukünftige Nutzung sollte an die  
20 natürlichen Bedingungen angepasst werden.

21

22 2. Beim Bundesverkehrsministerium auf die Durchsetzung dieser Forderung zu  
23 drängen (Änderung des Bundesverkehrswegeplans, Aufgabenanpassung bei  
24 der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes).

25

26 3. In den sächsischen Häfen Dresden, Riesa und Torgau ökonomische  
27 Alternativen zur Binnenschifffahrt zu fördern.

28

29 4. Gegenüber der tschechischen Regierung sich ebenfalls für den Stopp der  
30 dann ökonomisch völlig sinnlosen Flussausbauten (Staustufen wie bei  
31 Děčín, Flussvertiefung) einzusetzen.

32

33 5. Den betroffenen Güterkunden Förderung zum Übergang auf den  
34 Schienenverkehr anzubieten.

35

36 **Begründung:**

37

38 Die Elbe als blühender Transportweg, quasi ein zweiter Rhein – davon hat man ganz  
39 lange Zeit und insbesondere nach der Wende 1989/90 geträumt. Doch die Realitäten  
40 wurden bei den verkehrspolitischen Entscheidungen zumeist ignoriert. Einerseits ist die  
41 Elbe schon von ihrer natürlichen Anlage her nur sehr bedingt als Verkehrsweg nutzbar.  
42 Keine Gletscher speisen sie und lange Trockenzeiten können den Fluss im Sommer  
43 zeitweise unbenutzbar machen. Und diese Entwicklung wird sich in den nächsten  
44 Jahrzehnten keineswegs umkehren, vielmehr werden die Trockenzeiten noch länger und  
45 unberechenbarer, so man den WissenschaftlerInnen glauben möchte. Selbst  
46 SchifffahrtsbefürworterInnen sagen, dass man eine durchgehende Fahrrinntiefe von  
47 1,60m bräuchte um einen wirklich wirtschaftlichen Betrieb durchzuführen.<sup>1</sup> Diese wird in



1 <sup>1</sup> <http://www.shv-oberelbe.de/Hafenbrief%202011-1.pdf#page=9>

1 Zukunft umso illusorischer sein.  
2  
3 Weiterhin sprechen zahlreiche ökonomische Faktoren gegen den weiteren Ausbau der  
4 Elbe. Zunächst wird auf der Elbe eine nur sehr bescheidene Menge an Gütern befördert  
5 (1,5 Millionen Tonnen). Dies entspricht gerade einmal 1-2% der Tonnage des Rheins an  
6 der deutsch-niederländischen Grenze.<sup>1</sup> 1,5 Millionen Tonnen jährlich entsprechen zudem  
7 einer Frachtmenge, die man auf täglich zwei Güterzüge problemlos unterbringen könnte  
8 (Kapazitäten sind im betroffenen Verkehrskorridor ausreichend vorhanden). Auch ist die  
9 ökonomische Bedeutung der Schifffahrt in den drei sächsischen Häfen sehr gering:  
10 Gerade einmal 87 Personen arbeiteten 2007 bei der „Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe  
11 GmbH“ in diesen drei Häfen.<sup>2</sup> Zudem wurden von den 2,2 Millionen Tonnen  
12 Gesamtumschlag gerade einmal 266.000 Tonnen per Schiff realisiert, der Rest per Bahn  
13 und LKW.<sup>3</sup>  
14 Hier ist allerdings auch keine wirklich steigende Tendenz erkennbar, vielmehr haben die  
15 Frachtmengen seit dem Jahr 1989 rapide abgenommen.<sup>4</sup>  
16  
17 Dem gegenüber stehen aber im gesamten Verlauf bis Hamburg jährliche Unterhaltskosten  
18 die sich zwischen 40 und 50 Millionen Euro bewegen (lassen sich nicht komplett  
19 einsparen, aber drastisch reduzieren).<sup>5</sup> Hier kann man durchaus von einer  
20 unverhältnismäßigen Subventionierung der Binnenschifffahrt sprechen. Dieses Geld wäre  
21 besser im Ausbau des Schienennetzes investiert.  
22  
23 Und zu allerletzt stellt die Elbe natürlich auch einen einzigartigen Naturraum dar, der  
24 landschaftlich, als auch ökologisch absolut schützenswert ist. Eine Kanalisierung und  
25 weitere Vertiefung wird dieser Bedeutung nicht gerecht! Dampferfahren schon eher. :)  
26

---

1 <sup>1</sup> [http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler\\_Alternative\\_Elbnutzung.pdf#page=1](http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler_Alternative_Elbnutzung.pdf#page=1)

2 <sup>2</sup> [http://www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user\\_upload/Anfragen4/4\\_Drs\\_11567\\_-1\\_1\\_6\\_.pdf](http://www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user_upload/Anfragen4/4_Drs_11567_-1_1_6_.pdf)

3 <sup>3</sup> <http://www.shv-oberelbe.de/Hafenbrief%202011-1.pdf#page=4>

4 <sup>4</sup> [http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler\\_Alternative\\_Elbnutzung.pdf#page=1](http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler_Alternative_Elbnutzung.pdf#page=1)

5 <sup>5</sup> [http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler\\_Alternative\\_Elbnutzung.pdf#page=2](http://www.fluesse-verbinden.net/download/Doerfler_Alternative_Elbnutzung.pdf#page=2)

# 1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

## 2 Unterbezirk Dresden

### 3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

#### 6 **A4**

7 **AntragstellerIn:** Sebastian Storz

8

9 **Titel:** Inklusion vorleben – Barrierefreie und behindertengerechte BürgerInnenbüros  
10 einrichten

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdele-  
13 giertenkonferenz der Jusos Sachsen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

14

15 Die Jusos Sachsen fordern dazu auf, dass Abgeordnete der SPD, die ein bestehendes  
16 Büro haben, auf eine Barrierereduzierung hinarbeiten. Büros, die ab der nächsten  
17 Legislaturperiode eingerichtet werden, sollten Barrierefreiheit<sup>1</sup> anstreben.

18

19 Abgeordnetenbüros, in denen z.B. Ortsvereine und/oder Unterbezirke ihre Sitzungen und  
20 Veranstaltungen durchführen, müssen barrierefrei oder zumindest barrierereduziert sein.  
21 Dies gilt insbesondere auch für Landes-, Regional- und Kreisgeschäftsstellen. Die  
22 bestehenden Objekte sind entsprechend umzurüsten, für die Anmietung bzw. den Erwerb  
23 neuer Objekte gilt die Voraussetzung der Barrierefreiheit verbindlich.

24

25 Reine BürgerInnenbüros müssen ebenfalls barrierefrei sein. Die bestehenden Objekte sind  
26 entsprechend umzurüsten, für die Anmietung bzw. den Erwerb neuer Objekte gilt die  
27 Voraussetzung der Barrierefreiheit verbindlich.

28

29 Des Weiteren ist neben der räumliche Infrastruktur ebenso auf Aspekte behinderten-  
30 gerechter BürgerInnennähe und Öffentlichkeitswirksamkeit zu achten. Diesbezüglich  
31 sollten bspw. die Büroschilder der Abgeordneten- und BürgerInnenbüros mit Brailleschrift  
32 versehen werden. Daneben sollte in jedem Büro ein Grundstock an Visitenkarten und  
33 Flyern in Brailleschrift vorhanden sein.

34 Außerdem sollte leichte Sprache<sup>2</sup> auf Flyern und Plakaten, die in oder an den Büros  
35 ausliegen bzw. angebracht sind, verwendet werden, um auch Menschen mit psychischen  
36 Behinderungen und Hörbehinderung zu erreichen.

37

38 Über zusätzliche technische Vorkehrungen, die der Behindertengerechtigkeit dienen, ist  
39 nachzudenken. Ein Beispiel hierfür wäre eine elektronischen Ansage („Herzlich  
40 Willkommen im SPD-BürgerInnenbüro von ...“), die beim Betreten des Büros ertönt.

41



---

<sup>1</sup> Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG), § 4 **Barrierefreiheit:**

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“

<sup>2</sup> Eine **Leichte Sprache** oder **Einfache Sprache** ist eine besonders leicht verständliche sprachliche Ausdrucksweise. Leichte Sprache soll vor allem Menschen mit geringen sprachlichen Fähigkeiten das Verständnis von Texten erleichtern. Sie ist damit eine Form der Barrierefreiheit. Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Leichte\\_Sprache](http://de.wikipedia.org/wiki/Leichte_Sprache) [Letzter Zugriff: 22.06.2011]

1 Begründung:

2

3 Wir Jusos begreifen uns als inklusionsfördernder Verband und haben eine inklusive  
4 Gesellschaft als Ziel. Mittlerweile ist dieses Thema auch in der SPD präsent, was sich mit  
5 den zahlreichen Veranstaltungen dazu belegen lässt. Doch mit einem reinen informellen  
6 Austausch, mit dem bloßen Diskutieren und der Erkenntnis „Wir müssen etwas für das  
7 Erreichen dieses Ziels tun“ ist es nicht getan. Der permanente Austausch zum Thema  
8 Inklusion in Form von Diskussionsrunden, Veranstaltungen und Arbeitskreise ist wichtig,  
9 das soll mit diesem Antrag in keinster Weise in Frage gestellt werden. Jedoch: Wir müssen  
10 wirklich etwas tun! Und das fängt bei uns selbst an, in unserem Jugendverband, wie auch  
11 in unserer Partei.

12

13 Ein Element der Inklusion ist es, mit Hilfe barrierefreier und behindertengerechter  
14 Infrastruktur den BürgerInnen mit Behinderung – gleich welcher Art – eine gleich-  
15 berechtigte, politische und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Um diese Position,  
16 dieses Ziel, glaubwürdig nach außen zu vertreten, ist es jedoch notwendig, jene Orte  
17 barrierefrei und behindertengerecht zu gestalten, an denen diese Menschen mit unserem  
18 Verband und unserer Partei in Berührung kommen: den Abgeordneten- und  
19 BürgerInnenbüros. Schaffen wir es hier, bspw. RollstuhlfahrerInnen den Weg in die Büros  
20 zu ermöglichen, weil die Gebäude über Rampen, breite Türen und Aufzüge verfügen oder  
21 den Menschen mit Sehbehinderung den Weg zum Büro zu „zeigen“, weil die Büroschilder  
22 mit Brailleschrift versehen sind, dann haben wir einen ersten entscheidenden Schritt  
23 getan.

24

25 Diese Büros sind allerdings nicht nur Stätten der Begegnung mit den Menschen außerhalb  
26 unseres Verbandes und unserer Partei, sondern dienen oftmals auch der  
27 innerverbandlichen bzw. innerparteilichen Kommunikation. Viele Treffen verschiedenster  
28 Verbands- bzw. Parteiebenen finden darin statt. Und diese sollten wir barrierefrei und  
29 behindertengerecht auch jenen Mitgliedern unseres Verbands / unserer Partei  
30 ermöglichen, deren Leben durch eine Behinderung beeinträchtigt ist.

31

32 Aus diesem Grund soll dieser Antrag in zwei Richtungen wirken: einerseits in die  
33 Öffentlichkeit, zu den Menschen vor Ort; andererseits in den eigenen Verband bzw. die  
34 eigene Partei, zu den Mitgliedern mit Behinderung.

35

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A5**

7 **AntragstellerIn:** Sebastian Storz

8

9 **Titel:** Barrierefreie und behindertengerechte Parteitage

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdele-  
12 giertenkonferenz der Jusos Sachsen mit Bitte der Weiterleitung an den SPD-  
13 Landesparteitag:

14

15 Ab 2012 sind Tagungsorte für Parteitage der SPD bzw. vergleichbare Tagungen / Kon-  
16 ferenzen ihrer Arbeitsgruppen (z.B. Landesdelegiertenkonferenz der Jusos) nach  
17 folgenden Kriterien auszuwählen:

18

- 19 • Behindertengerechte und barrierefreie Tagungsorte
- 20 • Behindertengerechte und barrierefreie Übernachtungsmöglichkeiten

21

22 Zudem ist im Vorfeld des jeweiligen Parteitages zu klären, ob folgende Angebote benötigt  
23 werden:

24

- 25 1. GebärdensprachedolmetscherInnen
- 26 2. Antragsbücher in Brailleschrift

27

28 Ist dies der Fall, dann sind die entsprechenden Angebote bereit zu stellen.

29

30 Begründung:

31

32 Wir Jusos begreifen uns als inklusionsfördernder Verband und haben eine inklusive  
33 Gesellschaft als Ziel. Mittlerweile ist dieses Thema auch in der SPD präsent, was sich mit  
34 den zahlreichen Veranstaltungen dazu belegen lässt. Doch mit einem reinen informellen  
35 Austausch, mit dem bloßen Diskutieren und der Erkenntnis „Wir müssen etwas für das  
36 Erreichen dieses Ziels tun“ ist es nicht getan. Der permanente Austausch zum Thema  
37 Inklusion in Form von Diskussionsrunden, Veranstaltungen und Arbeitskreise ist wichtig,  
38 das soll mit diesem Antrag in keinster Weise in Frage gestellt werden. Jedoch: Wir müssen  
39 wirklich etwas tun! Und das fängt bei uns selbst an, in unserem Jugendverband, wie auch  
40 in unserer Partei.

41

42 Unsere Partei bzw. unserer Verband muss Inklusion in den Entscheidungsgremien der  
43 verschiedenen Ebenen und Gliederungen vorleben. Diesbezüglich muss allen Mitgliedern  
44 die politische Teilhabe garantiert werden – also auch jenen mit Behinderung. Deshalb  
45 sollen Parteitage bzw. vergleichbare Konferenzen der Arbeitsgruppen der SPD ab dem  
46 kommenden Jahr 2012 barrierefrei und behindertengerecht sein. Schließlich geht von  
47 solchen innerparteilichen / innerverbandlichen Großereignissen eine Wirksamkeit sowohl  
48 in die Öffentlichkeit als auch in die Partei/den Verband aus.

49



1 Einerseits erreichen wir dadurch, wirklich allen Mitgliedern eine aktive Teilnahme an  
2 diesen Veranstaltungen zu ermöglichen, andererseits leben wir als Partei bzw. als Verband  
3 Inklusion nach außen hin vor und unterstreichen damit glaubwürdig das Ziel einer  
4 inklusiven Gesellschaft.  
5

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A6**

7 **AntragstellerIn:** Hannah Gilles

8

9 **Titel:** Basisdemokratie herstellen

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den  
13 Bundeskongress der Jusos Sachsen weiterleiten:

14

15 Die Jusos definieren sich als basisdemokratischer Jugendverband, der es möglichst vielen  
16 Menschen ermöglicht an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Dem entgegen steht  
17 die derzeit gängige Praxis auf Bundeskongressen, die nicht behandelten Anträge nicht  
18 noch zu bearbeiten. Wir haben aber den Anspruch, jedes Mitglied in unserem Verband  
19 gleichberechtigt zu behandeln. Daher fordern wir den Bundesvorstand auf, folgende  
20 Änderungen in den Statuten der Jusos vorzubereiten und zur Abstimmung zu stellen:

21

- 22 1. Jeder Antrag, der an den Bundeskongress der Jusos gestellt wird, muss auch  
23 bearbeitet werden. Das muss nicht zwangsläufig beim Bundeskongress geschehen.  
24 Aber die Praxis, nicht geschaffte Anträge nicht zu behandeln, ist eine  
25 Geringschätzung der Antragsteller\_innen.
- 26 2. Die Einrichtung eines Ausschusses, der zwischen den Bundeskongressen tagt und  
27 die nicht behandelten Anträge bearbeitet. Dieser Ausschuss muss aus Delegierten  
28 aller Landesverbände bestehen und sich an den Mehrheitsverhältnisse eines  
29 Bundeskongresses orientieren. Es ist darauf zu achten, dass jedes Bundesland  
30 mindestens 2 Grundmandate, unabhängig von der Anzahl der Mitglieder, erhält.
- 31 3. Die Reihung der Antragsblöcke auf dem Bundeskongress muss den Delegierten  
32 überlassen werden. Dies soll durch eine verbundene Listenwahl zu Beginn des  
33 Bundeskongresses geschehen.

34

35 **Begründung:**

36

37 Die bisherige Auswahl bei Antragstexten auf Bundesebene erstickt jede Basisdemokratie  
38 im Keime. Die Entscheidung Anträge, die in einem Bundesland verabschiedet wurden, auf  
39 Bundesebene einfach nicht zu behandeln, macht jeden Glauben an politische Beteiligung  
40 und Basisarbeit zu Nichte. Ein solches Vorgehen ist mit unseren Werten nicht vereinbar.



1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A7**

7 **AntragstellerIn:** Maher Arzouni

8

9 **Titel:** Antrag für eine MigrantInnenquote im Vorstand des UB's Jusos  
10 Dresden/Satzungsänderung

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen:

13

14 Die bestehende Zahl von 6 BesitzerInnen im Vorstand der Dresdner Jusos soll um einen  
15 weiteren Beisitzer/in erweitert werden. Dieser zusätzliche Posten soll vorrangig an ein  
16 oder mehr Juso\_s mit Migrationshintergrund vergeben werden, welche sich zur Wahl stellt/  
17 stellen. Der Vorstand der Jusos Dresden wird beauftragt, diese hier beschriebene  
18 MigrantInnenquote sowie die damit zusammenhängende Erweiterung der  
19 BesitzerInnenposten um einen weiteren, in die bestehende Satzung der Jusos Dresden  
20 einzuarbeiten.

21

22 Begründung:

23

24 Auch Menschen mit Migrationshintergrund sollen gleichberechtigte Mitglieder unserer  
25 Gesellschaft werden, dazu bedarf es auch eines Beitrages in Dresden bzw. der Dresdner  
26 Jusos. Der Vorschlag orientiert sich am Vorschlag des SPD-Bundesvorstands, dass 15%  
27 aller Gremiumsmitglieder einen Migrationshintergrund haben sollen, mindestens aber ein  
28 Gremiumsmitglied, darf aber nicht als starre Einheit betrachtet werden. Vielmehr muss die  
29 MigrantInnenquote als ein Ausgangspunkt für ein Gesamtkonzept einer Gleichstellungs-  
30 und Partizipationspolitik bezüglich von Menschen mit Migrationshintergrund in Dresden  
31 verstanden werden. Sie, die MigrantInnenquote, darf auch nicht allzu starr angewendet  
32 werden, sondern sollte den gegebenen Umständen, etwa der migrantischen Struktur  
33 innerhalb der Jusos, angepasst werden.

34



# 1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

## 2 Unterbezirk Dresden

### 3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

#### 6 A8

7 **AntragstellerIn:** Mathias Rudolph

8

9 **Titel:** Verpflichtung von Zugangsanbietern zur Zwangstrennung und dynamischen  
10 Vergabe von IP-Adressen bei privaten Nutzer\_innen

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
13 Landesdelegiertenkonferenz, mit Bitte um Weiterleitung an die Bundestagsfraktion,  
14 weiterleiten:

15

16 Die Internetzugangsanbieter gesetzlich zu verpflichten, den Internetzugang von  
17 Privatnutzern spätestens alle 24 Stunden zwangsweise zu trennen. Weiterhin sind die  
18 Zugangsanbieter zu verpflichten bei jedem Verbindungsaufbau eines Privatnutzers eine  
19 andere IP-Adresse zu vergeben als die bei diesem Nutzer zuvor verwendete.

20 Eine Ausnahme von dieser Regel ist nur durch ausdrücklichen Wunsch des Nutzers  
21 möglich und muss unabhängig von anderen Vertragsbedingungen und dem eigentlichen  
22 Vertragsabschluss zur Überlassung eines Internetzugangs erfolgen.

23

24 **Begründung:**

25

#### 26 *technische Hintergrund*

27 Jeder private Nutzer, der sich mit dem Internet verbindet, erhält vom seinem  
28 Internetzugangsanbieter eine eindeutige Adresse zugewiesen, die IP-Adresse. Mit dieser  
29 Adresse fragt er bei Dienst Anbietern, zum Beispiel Webseiten, Daten an. Die Webseite  
30 weiß dann wohin die Antwort auf die Anfrage gesendet werden muss. Im Moment der  
31 Anfrage gelangt der Dienstanbieter in Kenntnis der IP-Adresse. Der Anschluss,  
32 beziehungsweise der Nutzer, ist dadurch über die IP-Adresse bei jeder weiteren Anfrage  
33 eindeutig identifizierbar, solange er die selbe IP-Adresse nutzt. Durch die zahlenmäßige  
34 Beschränkung der Adressen in der aktuellen Version des Internet-Protokoll (IPv4), hat sich  
35 bei den Zugangsanbietern die Praxis durchgesetzt, bei Privatnutzern bei jedem neuen  
36 Verbindungsaufbau (meist) eine andere IP-Adresse zuzuweisen, eben eine die gerade frei  
37 ist. Zusätzlich wird die Internetverbindung alle 24h zwangsweise getrennt. Dies wird als  
38 dynamische Vergabe von IP-Adressen bezeichnet.

39 Mit der Einführung der neuen Version des Internet-Protokoll (IPv6) wird die Anzahl von  
40 verfügbaren Adressen von  $4,3 \cdot 10^9$  (IPv4) auf  $3,4 \cdot 10^{34}$  erhöht. Somit wäre es  
41 praktisch ohne weiteres möglich jedem Anschluss eine permanente Adresse zuzuordnen.

42

#### 43 *politische Begründung*

44 Viele Internet-Unternehmen verwenden schon Heute die IP-Adresse um das Surfverhalten  
45 eines Nutzers aufzuzeichnen. Das Ziel dahinter ist Werbung anzubieten, die auf den  
46 Nutzer zugeschnitten ist. Da sich die IP-Adresse eines Nutzers aber ändert, behält er einen  
47 gewissen Rest an Anonymität. Sollte diese Schranke fallen und jedem Anschluss nur noch  
48 eine IP-Adresse zugeordnet werden, wäre es nach einer Weile wahrscheinlich möglich,  
49 über das Surfverhalten eine konkrete Person oder Personengruppe (Mehrere Nutzer pro



1 Anschluss) zu identifizieren und somit einer IP-Adresse zuzuordnen. Das kommt nicht nur  
2 dem unfreiwilligen Verlust der Privatsphäre im Internet gleich, sondern entspricht einer  
3 Vorratsdatenspeicherung in privater Hand. Solange "nur" private Unternehmen diese  
4 Daten halten, könnte man sich einreden, dass es ja nicht so schlimm wäre. Man sollte  
5 aber bedenken, dass diese Daten von staatlichen Behörden meistens legal,  
6 wahrscheinlich aber auch illegal, abgefragt werden können. Weiterhin können die Daten  
7 von kriminellen Personen oder Vereinigungen erlangt werden. Ist die IP-Adresse einer  
8 Person bekannt, kennt man quasi den Internet-Weg zum Rechner dieser Person. Man  
9 könnte dann aus staatlichem oder kriminellen Interessen die persönlichen Daten auf dem  
10 Heimcomputer dieser Person ausspähen oder manipulieren. Die persönlichen Daten  
11 werden quasi unbewusst ins Internet gestellt und können mit geeigneten technischen  
12 Mitteln von Unbefugten abgerufen werden.  
13 Das zu verhindern ist Ziel dieses Antrags. Die Anonymität vor dem Staat schützt die  
14 Freiheit der Bürger. Darum bitte ich um eure Zustimmung.  
15  
16

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A9**

7 **AntragstellerIn:** Christoph Lüdecke

8

9 **Titel:** Sachsen braucht ein Informationsfreiheitsgesetz!

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-  
12 Landtagsfraktion weiterleiten:

13

14 Die Jusos Dresden fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich auf dem parlamentarischen  
15 Weg für ein Informationsfreiheitsgesetz einzusetzen.

16

17 Begründung:

18

19 Informationen werden immer wichtiger in der Gesellschaft. Während private Informationen  
20 eines immer besseren Schutzes bedarfs, ist eine Teilhabe von Personen am öffentlichen  
21 Leben immer stärker vom Zugang zu Informationen abhängig. Sie nehmen in einem immer  
22 stärkerem Maße den Charakter eines Grundbedürfnisses ein.

23 Auch das Handeln der öffentlichen Verwaltung muss transparenter und die bei den  
24 öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen besser zugänglich werden. Die Frage der  
25 Zugänglichkeit dieser Informationen, ist wichtig für einen guten Informationsstand, der  
26 bürgerschaftliche Teilhabe fundiert und entscheidend verbessert. Staatliche Planungs- und  
27 Entscheidungsprozesse werden transparenter, sind nachvollziehbar und können besser  
28 von den Betroffenen diskutiert werden. Ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz könnte  
29 ebenso ein Instrument zur Partizipation aber auch demokratischer Kontrolle durch die  
30 Bürgerinnen und Bürger werden.

31 Sachsens öffentliche Verwaltung hat nichts zu verbergen. Sachsen braucht deshalb nach  
32 Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-  
33 Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz  
34 und dem Bund auch ein Informationsfreiheitsgesetz!

35



1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A10**

7 **AntragstellerIn:** Stefan Kowanda

8

9 **Titel:** Wie lange darf in Deutschland noch korrumpiert werden? - UN-Konvention gegen  
10 Korruption endlich ratifizieren

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
13 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen sowie den Unterbezirksparteitag der SPD  
14 Dresden mit dem Ziel der Überweisung an den Landesparteitag der SPD Sachsen, die  
15 SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

16

17 Die nächste unter SPD-Beteiligung zustande gekommene Bundesregierung wird  
18 aufgefordert, mit der Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag die UN-Konvention  
19 gegen Korruption zu ratifizieren und den für die nötige Ratifizierung zu ändernden  
20 Paragraphen 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) dahingehend anzupassen.

21

22 Begründung:

23

24 Diese bereits im Dezember 2003 von Deutschland unterzeichnete Konvention ist einer der  
25 größten Meilensteine im internationalen Kampf gegen Korruption, wurde jedoch bis zum  
26 heutigen Tage nicht in Deutschland ratifiziert und auch die SPD hat es in ihrer  
27 Regierungsbeteiligung bis 2009 versäumt bzw. war nicht gewillt, hier Klarheit zu schaffen.

28

29 Mittlerweile haben 151 Staaten diese Konvention ratifiziert (siehe Bild), die unter anderem  
30 definiert, wie die Verhütung, Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung der Korruption  
31 ausgestaltet sein sollte und wie das Einfrieren, die Beschlagnahme und die Einziehung  
32 von Erträgen aus Straftaten erfolgt. Die Konvention enthält darüber hinaus  
33 Verhaltensvorschriften für BeamtInnen oder auch Regeln für die grenzüberschreitende  
34 Zusammenarbeit gegen Korruption.

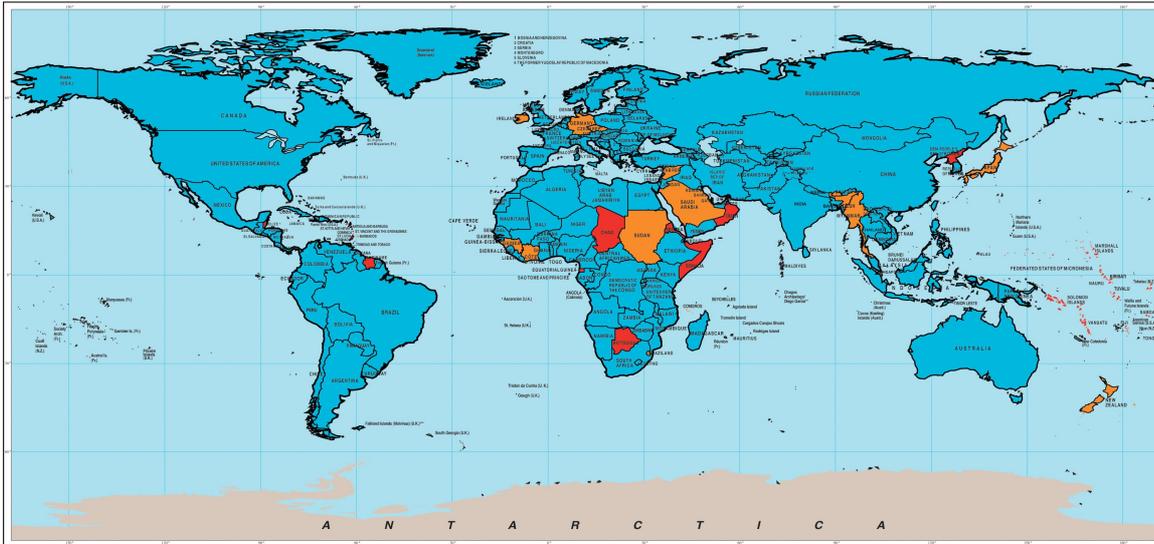
35

36 Grund für die Nicht-Ratifizierung der UN-Konvention ist, dass nach der Konvention künftig  
37 nach der Rechtsauffassung von Transparency International auch das verwerfliche  
38 Beeinflussen eines Abgeordneten bei der sonstigen Wahrnehmung seines Mandats bei  
39 der Strafvorschrift des Paragraphen 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) erfasst werden  
40 muss. Dieser Paragraph sieht bisher lediglich die Ahndung bei explizitem  
41 Stimmenkauf vor und lässt viele mögliche Tatbestände oder Interessenskonflikte außen  
42 vor. Dieser Paragraph ist derzeit wie folgt gefasst:

43



## UNCAC Signature and Ratification Status as of 1 May 2011



● States Parties  
● Signatories  
● Countries that have not signed or ratified the UNCAC

1 Quelle: [http://www.unodc.org/images/treaties/UNCAC/Status-Map/2011-05-01\\_-\\_](http://www.unodc.org/images/treaties/UNCAC/Status-Map/2011-05-01_-_UNCAC_Ratification_Map_Larger.jpg)  
2 [UNCAC\\_Ratification\\_Map\\_Larger.jpg](http://www.unodc.org/images/treaties/UNCAC/Status-Map/2011-05-01_-_UNCAC_Ratification_Map_Larger.jpg)  
3

4 § 108e StGB Abgeordnetenbestechung

5  
6 (1) Wer es unternimmt, für eine Wahl oder Abstimmung im Europäischen Parlament oder  
7 in einer Volksvertretung des Bundes, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände  
8 eine Stimme zu kaufen oder zu verkaufen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder  
9 mit Geldstrafe bestraft.

10  
11 (2) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach  
12 Absatz 1 kann das Gericht die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, und  
13 das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, aberkennen.

14  
15  
16 Dieses Gesetz zur Abgeordnetenbestechung ist unabhängig von der UN-Konvention  
17 ohnehin reformbedürftig, da es sich lediglich mit dem Kauf von Wahlen oder  
18 Abstimmungen befasst, sonstiges mandatsbezogenes Verhalten von Abgeordneten jedoch  
19 nicht erfasst wird. Es ist zum Beispiel nicht gewiss, ab wann Spenden an  
20 MandatsträgerInnen für deren politische Tätigkeit Anlass geben könnten, die Frage der  
21 „Käuflichkeit“ zu überprüfen. Bezahlte Urlaube oder bezahlte Auftritte bei Veranstaltungen  
22 fallen zum Beispiel hierunter. So kann ein Unternehmen oder eine Lobbyorganisation in  
23 Deutschland straflos MandatsträgerInnen in Volksvertretungen in Deutschland Vorteile  
24 gewähren, für die er/sie auf der Basis des Internationalen Bestechungsgesetzes  
25 (IntBestG) bestraft würde, wenn er dies gegenüber MandatsträgerInnen in  
26 Volksvertretungen im Ausland täte.

27  
28 Siehe auch:  
29 <http://www.transparency.de/2006-11-06-CPI.956.0.html>  
30

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A11**

7 **AntragstellerIn:** AK Internationales (Moritz Neugebauer) und AK

8 Integration (Maher Arzouni)

9

10 **Titel:** Antrag zur EU-Flüchtlingspolitik

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen:

13

14 Aufgrund der Flüchtlingsbewegungen die im Zuge der Aufstände in Nordafrika nach  
15 Europa führen, fordern wir, der UB Dresden der Jusos, folgende Veränderungen der EU-  
16 Flüchtlingspolitik:

- 17 1. Die Abschiebung/Rückführung von Asylbewerbern und Flüchtlingen darf nicht die  
18 einzige Perspektive sein. Vielmehr soll die Integration von Flüchtlingen und  
19 Asylbewerbern in ihrem Aufnahmestaat ermöglicht werden.
- 20 2. Die Aufnahme der Flüchtlinge bedarf einer besseren und solidarischeren Verteilung  
21 auf die EU-Staaten. Dazu soll ein klar definierter Verteilungsschlüssel erstellt  
22 werden, der sich an den Anteil an der EU-Gesamtbevölkerung der einzelnen EU-  
23 Staaten orientiert.
- 24 3. Eine ernsthafte und faire Wirtschaftspolitik/-kooperation der EU gegenüber und mit  
25 Afrika bzw. einen offenen Warenhandel zwischen der EU und den afrikanischen  
26 Staaten.

27

28 **Begründung:**

29

30 Flüchtlinge werden in Europa, wenn sie den aufgenommen werden, nicht integriert,  
31 sondern ihre Abschiebung/Rückführung bleibt die einzige legale Perspektive. Dieser  
32 Zustand wird von uns als ablehnungswürdig empfunden. Der Verteilungsschlüssel, der  
33 angewendet wird, wenn eine "enorme" Flüchtlingswelle droht, ist nicht eindeutig und  
34 intransparent definiert. Jeder EU-Staat muss in so einem Fall bestimmte Kontingente an  
35 Flüchtlingen aufnehmen. Ansonsten gilt, wenn kein Notstand herrscht, muss der EU-Staat  
36 alle Flüchtlinge aufnehmen, welche seine Grenzen überschritten haben, ohne die  
37 Möglichkeit EU-Partner in die Pflicht zu nehmen. Diese Vorgehensweise schreibt das  
38 Dublin-Abkommen vor.

39 Wir finden, dass die mangelnde Solidarität zwischen den Staaten ebenfalls  
40 ablehnungswürdig ist, genauso wie die unklare Reglementierung bei der Unterbringung  
41 der Flüchtlinge.

42 Um vergleichbare Flüchtlingsbewegungen in Zukunft zu unterbinden, zumindest aber  
43 abzumildern, bedarf es einer Wirtschaftskooperation der EU, die den afrikanischen  
44 Staaten echte Wirtschafts- und damit Entwicklungsperspektiven ermöglicht. Denn eine  
45 Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Afrika begünstigt die Stabilität  
46 afrikanischer Staaten und lindert damit Flüchtlingsbewegungen.

47



1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A12**

7 **AntragstellerIn:** Hannah Gilles

8

9 **Titel:** Seniorpartners in Schools e.V. (SiS) erhalten - Ehrenamtliche Senior\_innen-Arbeit  
10 an Schulen fördern

11

12 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
13 Landesdelegiertenkonferenz mit Ziel der Weiterleitung an die SPD-Fraktion im  
14 Sächsischen Landtag weiterleiten:

15

16 Begründung:

17

18 SiS Sachsen e.V. ist eine gemeinnützige Organisation, die Schüler\_innen hilft, Konflikte in  
19 Schulen unabhängig und einvernehmlich zu lösen. Dazu werden Senior\_innen von der  
20 Organisation als Mediator\_innen ausgebildet um regelmäßig an Schulen zu gehen und  
21 den Schüler\_innen zu helfen ihre Probleme gewaltfrei zu lösen. Die Senioren\_innen  
22 arbeiten ehrenamtlich, die Ausbilderin und Ansprechpartnerin der Senior\_innen jedoch ist  
23 eine hauptamtliche Stelle, die nach dem Haushaltsplan 2011/2012 nicht länger von  
24 Sachsen gefördert werden soll.

25

26 **Beschlusstext:**

27

28 Wir stellen uns klar hinter Projekte wie die SiS und betrachten den  
29 Generationenaustausch und dieses pädagogisch und psychologisch wertvolle Angebot als  
30 einen wichtigen Bestandteil des sozialdemokratischen Bildungsideals. Wir fordern daher  
31 den Erhalt der Stelle der Mentorin der SiS Sachsen e.V. und das Einrichten weiterer  
32 Mentor\_innen-Stellen, sowie den Ausbau des Projekts mit dem Ziel eine Mediating-Stelle  
33 an jeder Schule Sachsens einzurichten.

34



# 1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

## 2 Unterbezirk Dresden

### 3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

#### 6 **A13**

7 **AntragstellerIn:** Hannah Gilles

8

9 **Titel:** Oberstufenreformreform

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, sowie die SPD-Fraktion im sächsischen  
13 Landtag weiterleiten:

14

15 **Beschluss und Begründung:**

16

17 Die sächsische Oberstufenreform wurde mit dem Ziel umgesetzt, Sachsens  
18 Abiturient\_innen mit einer größeren Allgemeinbildung an die Hochschulen und  
19 Universitäten zu schicken. Dass jedeR alles gut kann, ist jedoch utopisch. Nach der  
20 Oberstufenreform können die Schüler\_innen nichts mehr abwählen und müssen alles  
21 einbringen. Dabei ist die Wochenstundenanzahl allerdings unangetastet geblieben. Dies  
22 bedeutet, dass weniger Wochenstunden für ein Fach zur Verfügung stehen, während das  
23 im Lehrplan festgehaltene Pensum jedoch nicht verringert wurde. Also weniger Zeit für  
24 gleichbleibende Arbeit und dadurch natürlich auch mehr Klausuren, Tests und  
25 Hausaufgaben insgesamt. Bei einem solchen Leistungsdruck setzt vielmehr das  
26 ausschließliche Lernen für den nächsten Test ein, als dass man etwas vertieft lernt. Die  
27 Möglichkeit einer Spezialisierung auf bestimmte Gebiete wird dadurch eingeschränkt.

28

29 Es gibt bei der sächsischen Oberstufenreform viele Schwachstellen und Probleme. Am  
30 gravierendsten wirkt sich jedoch die Ausweitung der Arbeitsbelastung auf die  
31 Schüler\_innen aus, die selbst nach den Zielen des sächsischen Kultusministeriums nicht  
32 notwendig ist. Daher widmet sich dieser Antrag nur dem Ziel diesen Aspekt zu verbessern,  
33 ohne andere Bereiche der gymnasialen Oberstufe zu bewerten.

34 Der entstandene Leistungsdruck ist unnötig und erfüllt nicht die genannten Ziele des  
35 Kultusministeriums. Die Schüler\_innen können durchaus auch eine breite  
36 Allgemeinbildung und naturwissenschaftliche Bildung erfahren ohne einen verstärkten  
37 Leistungsdruck ausgesetzt zu werden, der ihnen nichts weiter bringt als schlechtere Noten  
38 im Vergleich zu anderen Bundesländern. Um dies zu bewerkstelligen fordern wir, dass

39

- 40 1. weiterhin alle Fächer belegt werden müssen (die bestehenden Ausnahmen bleiben
- 41 unangetastet)
- 42 2. zwei Fächer pro Halbjahr nicht eingebracht werden müssen
- 43 3. in den nicht einzubringenden Fächern trotzdem die Mindestpunktzahl von einem
- 44 Punkt erbracht werden muss, um zu gewährleisten, dass die Schüler\_innen den
- 45 Kurs dennoch aufmerksam besuchen
- 46 4. von allen Fächern mindestens zwei Halbjahre weiterhin eingebracht werden
- 47 müssen.

48



1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

2 Unterbezirk Dresden

3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

6 **A14**

7 **AntragstellerIn:** Franziska Wende

8

9 **Titel:** Leitungswasser für das Dresdner Rathaus und den sächsischen Landtag

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-  
12 Stadtratsfraktion in Dresden und die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

13

14 bei Empfängen, Sitzungen und anderen Veranstaltungen der Stadt Dresden respektive  
15 des Freistaates Sachsen soll kein Wasser aus Flaschen angeboten werden. Stattdessen  
16 kann stilles und mit Kohlensäure versetztes Wasser aus Krügen angeboten werden.

17 Des weiteren soll in öffentlichen Kampagnen der Stadt und des Freistaates für den  
18 Konsum von Leitungswasser geworben werden.

19

20 Begründung:

21

22 Weil es für den menschlichen Konsum bestimmt ist unterliegt Leitungswasser sehr  
23 strengen Qualitätsanforderungen. Zur Erreichung der geforderten Parameter gibt es  
24 komplizierte und kostenintensive Verfahren. Die Einhaltung dieser Kriterien wird  
25 permanent kontrolliert.

26 Im Vergleich dazu können Wässer, die aus Quellen oder Brunnen gefasst werden unter  
27 bestimmten Bedingungen von diesen Anforderungen abweichen. Zudem erfolgt die  
28 Kontrolle in größeren Abständen.

29 Vergleicht man trotz der aufwendigen Aufbereitung die Kosten einer Flasche  
30 Mineralwasser (oder Tafelwasser) mit den Kosten der gleichen Menge Trinkwasser aus  
31 der Leitung, wird deutlich, dass abgepacktes Wasser ungleich teurer ist.

32 Durch die Bereitstellung von Verpackungen aus Glas oder im schlimmsten Falle PET-  
33 Flaschen sowie den Transport hat Wasser aus Flaschen eine viel schlechtere Ökobilanz  
34 als Leitungswasser.

35



# 1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

## 2 Unterbezirk Dresden

### 3 Unterbezirkskonferenz

4 26.06.2011, Jugendhaus Roter Baum e.V.

5

#### 6 R1

7 **AntragstellerIn:** Hannah Gilles

8

9 **Titel:** Inklusion

10

11 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die  
12 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

13

14 Wir fordern die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und  
15 setzen uns in allen Bereichen gemäß dem Ideal einer inklusiven Gesellschaft ein.

16 Eine inklusive Gesellschaft umschließt jedes Individuum im gleichen Maße, jedeR muss  
17 die Möglichkeit haben sich frei zu entfalten und darf dabei nicht von Außen eingeschränkt  
18 und behindert werden. Der "volle und gleichberechtigte Genuss aller Menschenrechte und  
19 Grundfreiheiten", sowie "die Achtung der ihnen innewohnenden Würde" (Artikel 1 der UN-  
20 Behindertenrechtskonvention) muss besonders für behinderte Menschen, die auch  
21 zusätzlich von den Barrieren in der Gesellschaft behindert werden, gefördert, geschützt  
22 und gewährleistet werden. Wir stellen uns gegen "jede Unterscheidung, Ausschließung  
23 oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das  
24 auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben  
25 aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen,  
26 kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird."

27 (Art. 2 UN-BRK) Wir akzeptieren alle im Artikel 3 UN-BRK aufgezählten Grundsätze als  
28 unsere eigenen: die Achtung der Würde, inneren Autonomie, Entscheidungsfreiheit,  
29 Unabhängigkeit, Nichtdiskriminierung, Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft,  
30 Achtung der Unterschiedlichkeit, Akzeptanz von Behinderten als Teil menschlicher Vielfalt,  
31 Chancengleichheit, Zugänglichkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Recht auf  
32 Wahrung der Identität von Kindern und Achtung deren Entwicklungsfähigkeit.

33

34 Dazu legen wir verstärkt unser Augenmerk darauf, dass nicht gesunde, arbeitsfähige  
35 Menschen den Schwerpunkt der politischen Arbeit für die Gesellschaft ausmachen,  
36 sondern verstärkt auf Kinder, Behinderte, Kranke und Ältere geachtet werden muss - an  
37 sie sind unsere Infrastrukturen zumeist nicht angepasst. Die Jusos Dresden setzen sich  
38 besonders für folgende Punkte ein:

39

40 1. Wir brauchen - wie unter Art. 24, Abs. 1 UN-BRK gefordert - ein inklusives Schulsystem.  
41 Das heißt, dass jedes Kind an jeder Schule lernen können muss. Die Behauptung unser  
42 mehrgliedriges Schulsystem nehme jeden (entsprechend seinen Leistungen) auf und  
43 erfülle schon damit die Bedingungen des Art. 24 der UN-BRK, hat nichts mit Inklusion zu  
44 tun und wird von uns strikt abgelehnt. Es geht nicht darum, behinderten Schüler\_innen  
45 zugewiesene Plätze zu geben, aus denen sie nicht mehr herauskommen, sondern ihnen  
46 den Weg zur Selbstständigkeit und freien Entfaltung zu öffnen. Die Schulwahl gehört zu  
47 den Freiheiten aller Menschen und darf nicht aufgrund von Behinderungen eingeschränkt  
48 werden. Für behinderte Kinder gedachte Förder- und Sonderschulen sind meist nur mit  
49 langen Wegen erreichbar und schotten sie ab - sie sind in einer nahezu homogenen



1 Umgebung und haben keine Chance sich sehr viel weiter zu entwickeln und anderes  
2 kennenzulernen. Sie entsprechen daher nicht dem Artikel 26 UN-BRK (Habilitation und  
3 Rahabilitation), der besagt, dass auf allen Ebenen frühstmöglich mit der Rehabilitation in  
4 die Gesellschaft begonnen werden muss, mit dem Ziel der Selbstständigkeit. Außerdem  
5 gehören sie damit nicht zu dem von uns angestrebten Bildungssystem. Das heißt  
6 allerdings nicht, dass wir die dort geleistete Arbeit verwerfen. Wir stehen lediglich für eine  
7 Verlagerung der pädagogischen Ressourcen an Grund- und Mittelschulen, sowie  
8 Gymnasien, bzw. eine Öffnung der Förder- und Sonderschulen für nicht-behinderte Kinder.  
9

10 Bei unserem Ideal - der Gemeinschaftsschule - gilt: eine Schule für alle! Aber auch im  
11 aktuellen mehrgliedrigen Schulsystem, kann dieser Schritt getan werden, indem man jede  
12 Schule für jedes Kind öffnet, egal ob Gymnasium, Mittel- oder Grundschule, KiTa oder  
13 Förderschule und egal ob behindert oder nicht. Hierbei dürfen keine exkludierenden  
14 Klassen entstehen, sondern die Kinder müssen wirklich zusammen lernen können.  
15 Behinderte Kinder lernen so besser und nicht-behinderte Kinder lernen - wie Studien  
16 zeigen - nicht schlechter. Hinzu kommt, dass die sozialen Kompetenzen und die  
17 Selbstständigkeit der Kinder (ob behindert oder nicht) geschult werden und sie ein  
18 anderes Bild von Gemeinschaft erfahren und leben. Diese soziale Erfahrung sehen wir,  
19 genauso wie die UN-BRK im Art. 24, Abs. 1b als Ziel: "mit dem Ziel [...] die Achtung vor  
20 den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken"  
21

22 Das gemeinsame Lernen ist schwer mit Frontalunterricht umsetzbar, es gibt aber viele  
23 Methoden und reformpädagogische Ansätze mit denen man dies ähnlich gut  
24 bewerkstelligen kann. Diese Entscheidung muss in die Hand der Lehrer\_innen und  
25 Schulen gelegt werden. Die nötigen Ressourcen müssen dahin verschoben werden, wo  
26 sie gebraucht werden. Dazu gehören zusätzliche finanzielle Mittel, angemessen kleine  
27 Personalschlüssel, entsprechende Lehr- und Lernmittel und Pädagog\_innen mit der  
28 nötigen Ausbildung bzw. entsprechende Weiterbildungen für diese.  
29

30 2. Wir brauchen einen "gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu  
31 Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und  
32 Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und  
33 Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder  
34 für sie bereitgestellt werden". (Art. 9, UN-BRK)

35 Barrierefreiheit kann nicht sofort entstehen, hierfür ist ein langer Weg der stetigen  
36 Barrierereduzierung notwendig und viele Punkte müssen bedacht werden. Wir setzen es  
37 uns allerdings zum Ziel immer wieder darauf aufmerksam zu machen, wenn  
38 Barrierefreiheit nicht besteht und setzen uns politisch dafür ein, sie zu erwirken.  
39

40 Von Barrieren sind besonders Menschen mit Einschränkungen im Bereich Gehen, Hören,  
41 Sehen und Verstehen betroffen, aber auch übergewichtige, kranke und Menschen. Wir  
42 sind uns darüber bewusst,

- 43 • dass es an jeder Straße abgesenkte Bordsteine geben muss,
- 44 • dass diese nicht bei besonderen Gelegenheiten blockiert werden dürfen (z.B. durch  
45 Stände bei Straßenfesten),
- 46 • dass die Bodenbeläge für Rollstühle und Kinderwagen geeignet sein müssen,
- 47 • dass es an wichtigen Punkten Bodenmarkierungen für sehbehinderte Menschen  
48 gibt,
- 49 • dass besonders öffentliche Gebäude, aber auch neue Wohn- und Geschäftshäuser  
50 für Menschen mit Mobilitätsbehinderungen, insbesondere Rollstuhlfahrer\_innen,

- 1 zugänglich gemacht werden müssen,
- 2 • dass Drehkreuze in Supermärkten für Menschen mit Behinderungen und
  - 3 übergewichtige Menschen hinderlich sind und daher abgeschafft werden sollten,
  - 4 • dass es in öffentlichen Gebäuden und neuen Wohn- und Geschäftshäusern breite
  - 5 Türen geben muss, damit übergewichtige Menschen und Rollstuhlfahrer\_innen
  - 6 durch kommen,
  - 7 • dass öffentliche Toiletten generell für Rollstuhlfahrende geeignet sein sollten, die
  - 8 dafür angebrachten Griffe sind auch für Alte, Kranke und Übergewichtige nützlich,
  - 9 diese Toiletten sollten genauso gut erreichbar sein, wie es andere Toiletten bisher
  - 10 sind und nicht im letzten Winkel eines Gebäudes zu finden sein,
  - 11 • dass öffentliche Gebäude einen Fahrstuhl besitzen sollten und dies auch bei neuen
  - 12 Gebäuden erstrebenswert ist, auch dies hilft kranken, körperlich behinderten,
  - 13 übergewichtigen und älteren Menschen gleichermaßen,
  - 14 • dass es in Fahrstühlen und öffentlichen Verkehrsmitteln Durchsagen und Anzeigen
  - 15 gibt, welche darüber informieren, wo man sich befindet und wo man hin fährt - auch
  - 16 dies hilft nicht nur sehbehinderten Menschen, sondern auch Ortsfremden
  - 17 • dass öffentliche Verkehrsmittel stufenfrei sein sollten oder wenn dies nicht möglich
  - 18 ist über entsprechende Zugangs-Hilfsmittel verfügen müssen und auch für
  - 19 behinderte Menschen Ermäßigungen anbieten um dem Mobilitätsanspruch Folge
  - 20 zu leisten

21

22 3. Wir müssen selbst inkludierend werden. Die Tagungsorte der Jusos Dresden waren

23 bisher selten barrierefrei oder -reduziert. Dieses Problem ist uns bewusst. Das Angebot an

24 Behinderte, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen und so politisch zu partizipieren,

25 wie es auch im Art. 29 gefordert wird, darf nicht darunter leiden. Daher muss immer die

26 Möglichkeit bestehen, zu einem barriere-reduzierten Sitzungsort zu wechseln, wenn Bedarf

27 besteht. Auch wir sollten behinderten Menschen uneingeschränkt "die Möglichkeit

28 [politische Rechte] gleichberechtigt mit anderen zu genießen" bieten. Dazu gehört auch

29 eine barrierefreie Homepage. In der BRK ist die Rede davon, dass die Wahlmaterialien

30 u.a. "leicht zu verstehen und zu handhaben" sein müssen. Wir setzen uns das gleiche Ziel

31 für unsere Veranstaltungen: Politik ist kein Privileg der hoch gebildeten, sondern muss für

32 jeden offen sein. Wir bemühen uns um eine durchsichtige Verbandsarbeit und schlichte,

33 gut verständliche Wortwahl bei Veranstaltungen. Es liegt uns besonders am Herzen

34 politische Bildungsveranstaltungen so zu halten, dass sie dem Grundsatz des

35 lebenslangen, gleichberechtigten Lernens von Behinderten entsprechen.

36 Wir sehen Inklusion als ein wesentliches Ziel unserer politischen Arbeit und thematisieren

37 sie dauerhaft, auch um die Barrierefreiheit in unserem Denken zu erreichen.

38

39 4. Wir stellen uns klar gegen das in der Schule, den Medien, der Wirtschaft und der

40 Medizin vermittelte Bild, Menschen mit Behinderungen seien minderwertig. Wir glauben,

41 dass sie unter ihren Einschränkungen leiden, nicht aber so stark, wie unter den

42 gesellschaftlichen Barrieren. Wir sehen behinderte Menschen genauso als zu

43 wertschätzende Individuen an, wie alle anderen Menschen auch. Das Selbe gilt

44 selbstverständlich auch für Kranke und Ältere. Wir wollen keine Gesellschaft, in der

45 Randgruppen existieren, wir wollen auch keine Gesellschaft, aus der viele Individuen

46 ausgeschlossen werden. Die Integration einzelner Menschen oder Gruppen ist ein guter

47 Ansatz um auch deren Belange ernst zu nehmen. Sie aber nur einer Gesellschaft

48 hinzufügen zu wollen, entspricht nicht ihrer natürlichen Menschenwürde. Wir setzen uns

49 für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Individuen, unabhängig von Kategorien, wie

50 Sex, Gender, Behinderung, Krankheit, Herkunft, Aussehen, Religion oder Alter, von Anfang

1 an dazu gehören. Wir wollen keine Sonderfälle und Ausnahmen für einzelne Gruppen  
2 hinzufügen, sondern sie von Anfang an in unser politisches Vorgehen einbeziehen und sie  
3 damit auch durchgängig beachten.